

Pressemitteilung

09.05.2023

Studie belegt drastische Auswirkungen der EU-Pläne zur Pflanzenschutzmittelreduktion

Rukwied: EU-Kommission gefährdet Ernährungssicherheit und Existenz zahlreicher Betriebe

(DBV) Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) würde klassischen Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau in Schutzgebieten unmöglich machen und ginge mit massiven Ertragseinbußen sowie Einkommensminderungen der landwirtschaftlichen Betriebe einher. Das belegt ein im Auftrag des Deutschen Bauernverbandes erstelltes Gutachten der Hochschule Soest.

Das Gutachten ermittelt die Auswirkungen des SUR-Entwurfs auf die betrieblichen Ergebnisse von Acker-, Futter- und Gemüsebaubetrieben sowie die Folgen für das Anbauspektrum in den betroffenen Gebietskulissen. Im Ergebnis sind auf Standorten mit hohem Ertragspotenzial Einkommensminderungen von rund 50 Prozent zu erwarten. Auf schwächeren Standorten wäre Ackerbau mittelfristig nicht mehr wirtschaftlich tragfähig. Insbesondere der Anbau von Kartoffeln und Raps sowie der Gemüseanbau müssten infolgedessen vielfach eingestellt werden. Der ohnehin bereits geringe Selbstversorgungsgrad beim Gemüse würde demnach weiter sinken. Auch Futterbaubetriebe müssten je nach Flächenausstattung und Pflanzenschutzintensität mit Ertragsminderungen und somit Grundfutterknappheit rechnen, welche die Betriebe innerbetrieblich nicht vollständig kompensieren könnten.

Der Verfasser des Gutachtens, Professor Dr. Friedrich Kerkhof von der Hochschule Soest, betont die Deutlichkeit der Ergebnisse: „Auf den guten Ackerbaustandorten sind die Einkommensminderungen bei den wirtschaftlich starken Früchten Kartoffeln, Raps, Zuckerrüben und Weizen am höchsten. Der Anbau von Kartoffeln ist nicht mehr wirtschaftlich, die relative Wettbewerbsfähigkeit von Mais nimmt dagegen zu. Im Ackerbau auf Standorten mit einem niedrigen Ertragspotenzial ist ein Verzicht auf den chemischen Pflanzenschutz wirtschaftlich nicht tragfähig. Im Gemüseanbau steigt das Anbaurisiko durch Schädlinge und Schadpilze erheblich an. Bei Verzicht auf den chemischen Pflanzenschutz wird der Anbau vieler Gemüsearten aufgegeben oder lohnt sich nur bei sehr hohem Preisniveau.“

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, betont, dass vor dem Hintergrund der Studie eine grundlegende Überarbeitung der Vorschläge dringender denn je ist. „Das Gutachten macht deutlich, dass die EU-Kommission mit ihren weltfremden Plänen zur Pflanzenschutzmittelreduktion nicht nur die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe massiv gefährdet, sondern auch die sichere Nahrungsmittelversorgung in Europa leichtfertig aufs Spiel setzt. Die deutschen Bauern stehen zu dem Ziel, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln so weit wie praktisch möglich zu reduzieren und haben in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Fortschritte erzielt. Es braucht dafür jedoch intelligente und vor allem umsetzbare Lösungen, mit denen die EU auch ihrer Verantwortung bei der Ernährungssicherung gerecht werden kann. Pauschale Reduktionsziele und Komplettverbote sind der gänzlich falsche Ansatz“, so Bauernpräsident Rukwied.

Eine Zusammenfassung des Gutachtens „Ökonomische Folgen des Verzichts auf chemische Pflanzenschutzmittel“ finden Sie [hier](#).

Die Langfassung des Gutachtens ist [hier zum Download](#) verfügbar.

Autor	Deutscher Bauernverband
Rückfragen an	DBV-Pressestelle
Telefon	030-31904-240
Anschrift	Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Copyright	DBV
E-Mail	presse@bauernverband.net
Homepage	www.bauernverband.de
Twitter	@Bauern_Verband
Facebook	@DieDeutschenBauern